

Präsident Obamas dritte Oval Office Rede, Donald Trumps antimuslimische Politik und die „no fly list“

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 05. Dezember bis 10. Dezember 2015

(cb) Nach den dramatischen Anschlägen, die sich in den letzten Wochen in Paris und San Bernardino, Kalifornien, zugetragen haben, diskutiert die amerikanische Presse diese Woche über die kontroversen Reaktionen von Präsident Barack Obama und Präsidentschaftskandidat Donald Trump und deren Vorgehensweisen zur Bekämpfung des Islamischen Staates (IS). Des Weiteren eröffnete Obama erneut die Debatte um die „no fly list“.

Am Montagmorgen erreichte auch Deutschland Barack Obamas dritte Oval Office Rede, die er am Sonntag um 20:00 Uhr Ortszeit in Washington D.C. hielt. Sie bezog sich auf den am 2.12. verübten Anschlag eines vermeintlich vom IS inspirierten Ehepaares und behandelte die zukünftigen Maßnahmen, um solche Anschläge zu vermeiden. Die *LA Times* lobte, dass der Präsident die richtigen Dinge sagte, doch sie bemängelte auch, dass er zu lange wartete, denn zu diesem Zeitpunkt waren bereits fünf Tage seit den Ereignissen von San Bernardino vergangen. Auch die *Washington Post* hob hervor, dass Obama den richtigen Ton getroffen habe, doch dass die 14 minütige Rede zu kurz ausgefallen sei. Die Kürze der Rede bemängelte auch der *Boston Globe*. Die *LA Times* wertete Obamas Aussage, dass muslimische Gemeinschaften als größte Verbündete angesehen werden müssen anstatt sie durch Hass und Verdacht wegzustoßen, als die Essenz seiner Rede. Auch der *Boston Globe* unterstütze diese Aussage, bemängelte jedoch, dass die US-Regierung noch keinen effektiven Weg eingeschlagen habe, um mit lokalen muslimischen Gemeinschaften zu kooperieren. Auch die *Washington Post* kritisierte Präsident Obama, indem sie schrieb: „Leider tut er immer noch nicht, was getan werden muss, um den Islamischen Staat zu zerstören“ und wies darauf hin, dass ein Stück in seiner Strategie fehle. Ein Problem in der Strategie Obamas bemerkte auch die *LA Times*, denn diese Strategie produziere Resultate nur langsam. Der *Boston Globe* sieht die größte Herausforderung für die amerikanische Regierung im Kampf gegen den Islamischen Staat nicht auf dem Schlachtfeld sondern im Cyberspace.

Während Obamas Herangehensweise eher bedacht und ruhig war, hat Donald Trump, der republikanische Spitzenkandidat für die Präsidentschaftswahlen 2016, einen ganz anderen Plan zur Bekämpfung des Islamischen Staates. Er fordert ein Einreiseverbot für Muslime, nicht nur für muslimische Einwanderer, sondern auch für muslimische Touristen. Diese Forderung stützt er auf eine Onlineumfrage, die besagt, dass 25% der amerikanischen Muslime meinen, dass „Gewalt gegen Amerikaner in den Vereinigten

Staaten als Teil der globalen Jihad gerechtfertigt wird.“ Die *LA Times* entkräftet Trumps Argument, indem sie sagt, dass „keine Umfrage einen Religionstest für Einwohner, Immigranten oder Touristen rechtfertigt“ und bezeichnet Trumps Vorhaben als „magenumdrehend“. Die *LA Times* bezeichnet Donald Trump als „giftig“, während der *Boston Globe* ihn als „Bedrohung“ sieht. Die *Washington Post* geht noch einen Schritt weiter und betitelt ihn als „modernen Mussolini“, dessen Reden einen faschistische Unterton haben und von faschistischen Mitteln Gebrauch machen. So ist auch zu erklären, warum Donald Trump für die *Washington Post* eine größere Gefahr für das Interesse Amerikas darstellt als die angeblich bedrohlichen Muslime. Der *Boston Globe* fordert zudem, dass die Republikaner das von ihnen erschaffene Monster – Trumps Fremdenfeindlichkeit – bildlich gesprochen töten sollen. Nach Trumps ausländerfeindlicher Forderung fragte sich auch die *LA Times* besorgt, ob Trump die Rede des Präsidenten überhaupt verstanden habe.

Präsident Obama griff in seiner Oval Office Rede ein weiteres Thema auf, dass in der vergangenen Woche für Aufregung sorgte. Es ging um den Gesetzesentwurf der kalifornischen Senatorin Dianne Feinstein, der sich gegen den Waffenkauf durch Personen auf der „no-fly list“ aussprach. In den USA stehen Personen meistens auf der „no-fly list“, wenn ein Verdacht auf terroristische Verbindungen besteht. Diese Personen haben jedoch bislang die Möglichkeit, innerhalb der USA problemlos eine Waffe zu kaufen. Dem sollte der Gesetzesentwurf, der jedoch in der letzten Woche vom Senat abgelehnt wurde, entgegenwirken. Die *LA Times* sieht gravierende Mängel bei diesem Entwurf, denn die Menschen, die auf dieser Liste aufgeführt sind, seien nicht schuldig gesprochen worden, etwas Falsches getan zu haben. Des Weiteren führt die *Boston Globe* an, dass sich kein an den letzten Massenschießereien Beteiligter auf der no-fly list befunden habe. Der *Boston Globe* sieht diesen Gesetzesentwurf nicht als vernünftige Waffenkontrolle, sondern als zynische Selbstdarstellung. Dagegen spricht die *LA Times* sich gegen Waffen aus und betont, dass das Land mit strengeren Waffengesetzen besser dran sei. Dennoch hebt sie auch hervor, dass die Regierung sich auf dünnem Eis bewege, wenn sie die Ausübung eines Rechtes auf bloßen Verdacht hin verbiete.

Quellen:

<http://www.latimes.com>

<https://www.washingtonpost.com>

<https://www.bostonglobe.com>